

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat**Interfraktionelle Motion FDP, SVP/JSVP mit CVP (Dolores Dana, FDP/Beat Schori, SVP/Reto Nause, CVP): Ergänzung des ewb Reglements mit dem Ziel attraktiver Preise für Berner Bevölkerung und Unternehmen; Fristverlängerung**

Wir beantragen dem Gemeinderat, dem Stadtrat eine Ergänzung des ewb Reglements zu unterbreiten. Artikel 4 Absatz 1 soll folgendermassen ergänzt werden:

„ewb gewährleistet im Rahmen der übergeordneten Gesetzgebung jederzeit für das Gebiet der Stadt Bern die Wasserversorgung und die thermische Kehrlichtverbrennung sowie die Versorgung der Kundinnen und Kunden aller Abnahmekategorien mit Energie (Elektrizität, Gas und Fernwärme) zu kostendeckenden Preisen.“

Begründung

Das ewb Reglement enthält nirgends Aussagen und Ziele zur Preispolitik von ewb. Der Energiepreis wird allerdings zunehmend zum wichtigen Standortfaktor. Deshalb muss es erklärtes Ziel des Werkes im städtischen Eigentum sein, den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie den Unternehmen attraktive Konditionen anbieten zu können.

Die bisherige Politik des Gemeinderats läuft in eine vollkommen andere Richtung: ewb wird gezwungen immer mehr Mittel in den Haushalt der Stadt abzuliefern. Der Gemeinderat instrumentalisiert das ewb damit zu Steuerzwecken und missbraucht es für die Finanzpolitik. Dies ist mit dem Kernauftrag des Werks nicht vereinbar. Bezahlt wird die Entwicklung durch die Konsumentinnen und Konsumenten über zu hohe Preise.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Stadt Bern ist von Bundesrat Moritz Leuenberger für ihre Gebühren und Abgabepolitik gegenüber ewb öffentlich gerügt worden. Es ist dringlich, ein „Zeichen“ in eine andere Richtung zu setzen, weil ansonsten unsere Stadt in der fortdauernden Debatte rund um die Erhöhung der Strompreise mit zunehmender negativer Publizität rechnen muss. Zudem ist beabsichtigt, die neuen Preise umgehend in Kraft zu setzen. Noch ist unklar, ob der Gemeinderat beantragen wird, dass der Beschwerde des Handels- und Industrievereins, Sektion Bern die aufschiebende Wirkung zu entziehen ist. Würde die aufschiebende Wirkung entzogen werden, könnte die Preise auf den vorgesehenen Zeitpunkt beim Endkunden in Rechnung gestellt werden.

Bern, 16. Oktober 2008

Interfraktionelle Motion FDP, SVP/JSVP mit CVP (Reto Nause, CVP/Dolores Dana, FDP/Beat Schori, SVP), Christoph Zimmerli, Karin Feuz-Ramseyer, Philippe Müller, Mario Imhof, Markus Kiener, Dannie Jost, Hans Peter Aeberhard, Bernhard Eicher, Jacqueline Gafner Wasem

Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat abgelehnt.

Bericht des Gemeinderats

Zur Beantwortung der Interfraktionellen Motion FDP, SVP/JSVP mit CVP müssen aus Sicht des Gemeinderats verschiedene pendente Arbeiten im Zusammenhang mit der Eignerstrategie abgewartet werden.

Nachdem sich der Gemeinderat gegen einen Verkauf von ewb entschieden hat, wurden mehrere Folgeprojekte ausgelöst. Unter anderem sollen das interne fachliche Know-how ausgebaut, die Eignerstrategie überarbeitet sowie im Anschluss entsprechende Messgrössen und Kennzahlen als Quantifizierung der konkreten Erwartungen seitens der Eigentümerin erarbeitet werden. Entsprechend muss die Eignerstrategie anschliessend in die Unternehmensstrategie überführt und konkretisiert werden.

Da auch die durch den Vorstoss angesprochene Preispolitik Gegenstand der Überlegungen im Zusammenhang mit der Eignerstrategie darstellt wird vorgeschlagen, die Geschäfte zeitlich zu koordinieren. Der Gemeinderat wird die neue Eignerstrategie bis Ende Juni 2009 verabschieden und anschliessend dem Stadtrat den entsprechenden Bericht zur Interfraktionellen Motion FDP, SVP/JSVP mit CVP bis Ende August 2009 vorlegen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Keine.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Interfraktionellen Motion FDP, SVP/JSVP mit CVP (Dolores Dana, FDP/Beat Schori, SVP/Reto Nause, CVP): Ergänzung des ewb Reglements mit dem Ziel attraktiver Preise für Berner Bevölkerung und Unternehmen; Fristverlängerung.
2. Er verlängert die Frist zur Beantwortung der Motion bis Ende August 2009.

Bern, 22. April 2009

Der Gemeinderat